

Ihre Fragen & unsere Antworten

Das Blaue Kamel

Bereich Arbeitsmarkt

1. Viele Unternehmen in Berlin zögern, Menschen mit Behinderung einzustellen. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie Unternehmen unterstützen, mehr Menschen mit Behinderung einzustellen? Was planen Sie, um Barrieren im Arbeitsleben abzubauen?

Antwort: Wir wollen, dass mehr Menschen mit Behinderung gute Arbeit finden. Dafür machen wir es Unternehmen leichter, sie einzustellen. Wir beraten Unternehmen besser und machen Anträge auf Förderung einfach und digital. Anträge sollen eine feste Frist haben. Dann wissen alle schnell Bescheid. Wir bauen Barrieren ab: Gebäude, Technik und Informationen müssen für alle nutzbar sein. Die Verwaltung des Landes Berlin geht als Vorbild voran. Wir stellen dort mehr Menschen mit Behinderung ein und machen Arbeitsplätze barrierefrei.

2. Viele Menschen mit Behinderung arbeiten in Werkstätten. Sie bekommen dort wenig Geld. Es ist schwer für sie, eine andere Arbeit zu finden. Was wollen Sie tun, damit mehr Menschen mit Behinderung Arbeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt bekommen? Wie wollen Sie helfen, dass Werkstätten die Menschen besser beim Wechsel unterstützen?

Wer arbeitet, soll fair bezahlt werden. Das gilt auch in Werkstätten. Wir wollen Werkstätten Schritt für Schritt in Inklusionsbetriebe umwandeln. Dort gelten die normalen Rechte für Arbeitnehmer*innen. Und dort gibt es mindestens den gesetzlichen Mindestlohn. Unser Ziel: Viel mehr Menschen mit Behinderung arbeiten auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Werkstätten sollen kein Dauerzustand sein. Sie sollen Menschen gezielt auf den Wechsel vorbereiten und dabei begleiten. Dafür bekommen sie klare Aufgaben und Unterstützung.

Bereich Teilhabe

3. In Berlin fehlen vielerorts pädagogische und pflegerische Fachkräfte, sodass Unterstützung und Teilhabe darunter leiden. Was tut Ihre Partei konkret, damit mehr Menschen den Beruf der Heilerziehungspflege erlernen wollen?

Berlin braucht mehr Fachkräfte in Pflege und Pädagogik. Deshalb machen wir diese Berufe attraktiver. Wir sorgen für bessere Bezahlung im öffentlichen Dienst, auf dem Niveau des Bundes. Wir bauen die Ausbildung aus und begleiten den Quereinstieg gut. Wir erkennen ausländische Abschlüsse schneller an. Mit unserer Ausbildungsgarantie bekommt jede*r Jugendliche einen Ausbildungsplatz. Auszubildende sollen günstig

wohnen können. Dafür gründen wir ein Berliner Azubiwerk. Und wir entlasten Fachkräfte von Bürokratie, damit mehr Zeit für die Menschen bleibt.

4. Menschen mit Behinderung haben ein Recht. Sie dürfen selbst entscheiden, wie und wo sie leben. Was planen Sie, damit Menschen mit Behinderung in Berlin wirklich selbst entscheiden können, wie sie leben und welche Unterstützung sie bekommen?

Menschen mit Behinderung entscheiden selbst über ihr Leben. Das ist ihr Recht. Wir machen Anträge auf Unterstützung einfach, digital und schnell. Jeder Antrag bekommt eine feste Ansprechperson und eine klare Frist. Informationen gibt es in Leichter Sprache. Wir schaffen mehr barrierefreie Wohnungen, damit Menschen wirklich wählen können, wo sie wohnen. In jedem Bezirk soll es barrierefreie Angebote für Bewegung und Begegnung geben. Und wir beteiligen Menschen mit Behinderung, wenn wir Regeln und Angebote planen. Nicht über sie, sondern mit ihnen.

Bereich Bürokratieabbau und beschleunigte Verfahren

5. In Berlin dauern Verwaltungsverfahren oft lange und sind für viele Menschen schwer verständlich. Frage: Was wollen Sie konkret tun, um Anträge, Genehmigungen und Verwaltungsprozesse einfacher und schneller zu machen?

Unser Ziel heißt: Berlin funktioniert. Das bedeutet: Jeder Antrag bekommt eine feste Ansprechperson. Diese Person begleitet den Antrag von Anfang bis Ende. Für Anträge gelten feste Fristen. Einfache Fälle sollen in 10 Arbeitstagen entschieden werden. Bei manchen Anträgen gilt: Wenn die Behörde nicht rechtzeitig antwortet, gilt der Antrag als genehmigt. Anträge kann man vollständig online stellen, mit Hilfe und in Leichter Sprache. Wer nicht digital kann oder will, bekommt Hilfe am Telefon und vor Ort. Und man sieht jederzeit, wie weit der eigene Antrag ist.

6. Träger sozialer Einrichtungen in Berlin berichten von hohem bürokratischem Aufwand bei Förderanträgen und Abrechnungen. Frage: Welche Maßnahmen planen Sie, um soziale Organisationen spürbar zu entlasten?

Soziale Organisationen sollen sich um Menschen kümmern, nicht um Papierkram. Deshalb ändern wir die Förderung. Statt vieler kurzer Projekt-Anträge gibt es verlässliche, langfristige Förderung. Förderungen laufen mindestens zwei Jahre. Anträge und Abrechnungen werden einfach und digital. Daten müssen nur einmal angegeben werden. Die Behörden tauschen sie dann untereinander aus. Das nennt man Once-Only-Prinzip. So haben Träger Planungssicherheit und mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit.

Bereich Wohnen

7. In Berlin gibt es zu wenig bezahlbaren und barrierefreien Wohnraum, insbesondere für Menschen mit Behinderungen, weshalb politische Lösungen dringend erforderlich sind. Was tun Sie, damit es mehr bezahlbare Wohnungen ohne Barrieren gibt?

Berlin braucht viel mehr Wohnungen, auch ohne Barrieren. Wir sichern Flächen für 300.000 neue Wohnungen und bauen schneller und günstiger, zum Beispiel mit fertigen Bauteilen. Bei großen Neubau-Projekten gilt eine feste Quote für Sozialwohnungen. Wir fördern Genossenschaften und landeseigene Wohnungsunternehmen. Barrierefreiheit denken wir von Anfang an mit: bei neuen Wohnungen, auf Wegen und an Bahnhöfen. So entsteht Wohnraum, den sich Menschen leisten können und den alle nutzen können.

8. Gerade in Berlin betrifft die Wohnungsfrage nicht nur den Neubau, sondern auch den Schutz bestehender Mietverhältnisse – besonders für Menschen mit geringem Einkommen oder Unterstützungsbedarf. Was tun Sie konkret, um steigende Mieten zu begrenzen und Verdrängung zu verhindern?

Niemand soll aus seinem Zuhause verdrängt werden. Die Mietpreisbremse bleibt dort, wo Wohnungen knapp sind. Wir machen es einfacher zu prüfen, ob eine Miete zu hoch ist. Eine digitale Datenbank macht Mieten transparent. So fallen zu hohe Mieten und Wucher schneller auf. Eine Soziale Miet-Agentur mietet Wohnungen auf dem freien Markt und gibt sie an Menschen mit wenig Einkommen weiter. Das Land Berlin garantiert dabei die Miete. Und wer wohnungslos ist, bekommt nach dem Prinzip Housing First zuerst eine eigene Wohnung und dann Unterstützung.

Bereich Barrierefreie Kommunikation und Information

9. Viele Menschen können schwierige Sprache nicht gut verstehen. Deshalb müssen wichtige Informationen auch in Leichter Sprache verfügbar sein. Das gilt zum Beispiel für die Website berlin.de und für Anträge. Bis wann sind alle wichtigen Informationen im Land Berlin auch in Leichter Sprache zu finden?

Für uns ist Barrierefreiheit ein verbindlicher Standard, keine Ausnahme. Wir übersetzen Formulare in Leichte Sprache. Wichtige Informationen und Anträge auf dem zentralen Service-Portal des Landes gibt es in Leichter Sprache, mehrsprachig und mit Vorlese-Funktion. Wir fangen bei den Anträgen an, die die meisten Menschen brauchen. Ein genaues Enddatum für alle Informationen nennen wir erst, wenn wir den Umfang geprüft haben. Versprechen wollen wir nur, was wir halten können. Klar ist: Wir machen Leichte Sprache zur Pflicht und veröffentlichen den Fortschritt transparent.

10. Wie wird sichergestellt, dass trotz notwendiger Digitalisierung künftig analoge Angebote des Landes bestehen, falls Bürgerinnen und Bürger eine Digitalisierung nicht umsetzen können oder wollen?

Digital zuerst heißt bei uns nicht, dass alles digital sein muss. Wer nicht digital kann oder will, bekommt weiter Hilfe von Menschen. Es gibt eine Telefon-Hotline, die berät und Anliegen auch direkt bearbeitet. Es gibt weiterhin Termine vor Ort im Amt. In Bibliotheken und Nachbarschafts-Einrichtungen helfen Digital-Lots*innen, zum Beispiel bei Arzt-Terminen oder Anträgen. Das Projekt Digitales Zebra bauen wir in ganz Berlin aus. So lässt die Digitalisierung niemanden zurück.

Bereich Mobilität

11. Wie wird gewährleistet, dass Inklusionstaxen einfach und verlässlich zur Verfügung stehen statt nur am BER?

Menschen im Rollstuhl müssen spontan und verlässlich Taxi fahren können – in der ganzen Stadt und nicht nur am BER. Wir wollen deshalb mehr Inklusionstaxen in ganz Berlin und prüfen eine Förderung für Taxiunternehmen, die barrierefreie Fahrzeuge anschaffen. Die Bestellung soll einfach möglich sein, zum Beispiel über Jelbi. Gerade in den Randbezirken ergänzen wir das Angebot durch flexible Rufbusse, die auch barrierefrei nutzbar sind. Unser Ziel: Barrierefreie Mobilität soll unabhängig vom Wohnort verlässlich verfügbar sein.

12. Bis wann werden zumindest alle Hauptstraßen Berlins mit ihren Kreuzungen und Einmündungen überall barrierefreie Doppelquerungen haben?

Sichere, barrierefreie Übergänge sind für uns Teil jeder Straßenplanung. Wir planen Straßen so, dass Querungen klar, sicher und barrierefrei sind. Mit unserem Sofortprogramm bauen wir gefährliche Kreuzungen bis 2030 um. Barrierefreiheit gehört bei jedem Umbau dazu. Ein genaues Jahr, bis wann alle Hauptstraßen fertig sind, nennen wir erst nach ehrlicher Prüfung von Kosten und Kapazitäten. Aber die Regel ist klar: Wo Berlin baut, baut Berlin barrierefrei. Und Einnahmen aus Parken und City-Maut fließen auch in Barrierefreiheit.

Bereich Bildung

13. Eltern dürfen wählen, dass ihr Kind eine Regelschule besucht. Aber oft klappt das nicht in der Praxis – weil passende Unterstützung und Personal fehlen. Was planen Sie, damit dieses Recht auch wirklich funktioniert?

Das Recht auf einen Platz an der Regelschule muss im Alltag funktionieren. Deshalb bekommt Inklusion bei uns feste Ressourcen: Schulen mit hohem Förderbedarf erhalten garantierte sonderpädagogische Unterstützung. An den Schulen arbeiten Teams aus Lehrkräften, Sonderpädagog*innen, Sozialpädagog*innen und Schulpsycholog*innen

zusammen. Wir bauen Regelschulen barrierefrei aus. Und wir gewinnen mehr Fachkräfte durch bessere Bezahlung und gut begleiteten Quereinstieg. So wird aus dem Recht auf Inklusion gelebte Praxis.

14. Manche Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen können nicht an Prüfungen teilnehmen. Zum Beispiel, weil Prüfungen nicht barrierefrei sind. Oder weil sie nicht in Gebärdensprache möglich sind. Oder weil manche Kinder anders unterrichtet werden als die anderen – das nennt man zieldifferenten Unterricht. Diese Kinder dürfen dann gar nicht an Prüfungen teilnehmen und bekommen keinen Schulabschluss. Was planen Sie, damit alle Schülerinnen und Schüler die Chance auf einen Abschluss haben?

Jede Schülerin und jeder Schüler verdient die Chance auf einen Abschluss. Prüfungen müssen barrierefrei sein. Dazu gehören zum Beispiel mehr Zeit, technische Hilfen oder Gebärdensprache. Leistungs-Rückmeldungen sollen bei uns den persönlichen Lernfortschritt zeigen, nicht nur Noten im Vergleich. Für Kinder im zieldifferenten Unterricht wollen wir, dass ihre Leistungen anerkannt werden und zu einem Abschluss oder einem anerkannten Nachweis führen können. Wie das genau geht, entwickeln wir mit Fachleuten, Schulen und Betroffenen zusammen.